

## 1) TOP Bürger Fragen

---

--

## 2) TOP 1-091/19 Mosterei Hubertshofen - Vorstellung durch Frau Ortsvorsteherin Monika Winterhalder

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-91/19 ein.

Frau Winterhalder, Ortsvorsteherin Hubertshofen, stellt in der beigefügten Rede die Mosterei Hubertshofen vor.

## 3) TOP 4-085/19 Gutachterausschuss / Bildung "Gemeinsamer Gutachterausschuss südwestlicher Schwarzwald-Baar-Kreis" - Zustimmung zur Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-085/19 ein.

Für den Gemeinsamen Gutachterausschuss „Südwest“ sei nun ein fairer Kompromiss zwischen allen beteiligten Städten und Gemeinden gefunden worden. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses für den südwestlichen Schwarzwald-Baar-Kreis sei in wenigen Punkten nachgebessert worden.

Die Kostensätze nach § 5 Abs. 3 für Hilfspersonal, Leitung und Aufsicht sowie Gemeinkosten würden unabhängig von der Anzahl der Mitarbeiter in der Geschäftsstelle einfach angesetzt und die restlichen Kostensätze personenbezogen berechnet. Eine aktualisierte Beispielrechnung sei durchgeführt worden und den Fraktionssprechern zugegangen.

Bei § 1 Absatz 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Gutachterausschusses für den südwestlichen Schwarzwald-Baar-Kreis werde Satz 3 gestrichen.

Der Beschlussvorschlag Nr. 1 beziehe diese Änderung mit ein und werde entsprechend angepasst.

### Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit vorgeschlagener Änderung zu.
2. Herr Oberbürgermeister Erik Pauly wird zum Abschluss der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bevollmächtigt.

3. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die erforderlichen Verfahrensschritte weiter zu betreiben.

(einstimmig)

#### **4) TOP 1-088/19 Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit - Satzungsänderung**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-088/19 ein.

Die Entschädigung für das Ehrenamt relativiere die Nachteile für die geopfert Zeit. Bei der vorgeschlagenen Änderung gehe es um eine moderate Erhöhung für ehrenamtlich tätige Gemeinderäte. Im Vergleich zu den angrenzenden Nachbargemeinden rücke Donaueschingen damit ins Mittelfeld.

Stadtrat Greiner: Eine Änderung in dieser Höhe decke den tatsächlichen Aufwand bei weitem nicht. Dennoch verstehe er den Vorschlag der Verwaltung als Wertschätzung. In Zeiten der notwendigen Sparsamkeit, und so kurz vor den Haushaltsberatungen, lehne seine Fraktion die vorgeschlagene Erhöhung jedoch aus symbolischen Gründen ab.

Stadträtin Weishaar: Über das eigene Salär abzustimmen bereite ihr Unbehagen. Da die Erhöhung angemessen sei, befürworte ihre Fraktion den Änderungsvorschlag. Gleichzeitig empfehle sie eine regelmäßige Anpassung der Entschädigung und bitte die Verwaltung um einen entsprechenden Vorschlag. Im Übrigen läge der tatsächliche Aufwand eines ehrenamtlich tätigen Gemeinderats durch die Wahrnehmung von Ortsterminen, die Teilnahme an Veranstaltungen von Vereinen oder die Finanzierung des Wahlkampfs weit höher.

Stadtrat Dr. Wagner: Seine Fraktion könne alle vorgeschlagenen Änderungen mittragen. Besonders gut sei die Anhebung des Stundensatzes auf 10 € für ehrenamtlich tätige Wahlhelfer.

Stadtrat Blaurock: Er stimme Frau Stadträtin Weishaar zu. Bedauerlich sei, dass der Vorschlag nicht während der zurückliegenden guten Haushaltslage eingegangen sei. Für künftige Erhöhungen könne von extern, vom Landtag oder Städtetag, ein Schlüssel erfragt werden.

Stadtrat Vetter: Die Zustimmung seiner Fraktion werde sachgerecht getroffen. In einer großen Kreisstadt wie Donaueschingen gebe es für ehrenamtlich tätige Gemeinderäte viel zu tun. Mit der Erhöhung gelange Donaueschingen im Vergleich zu den Nachbargemeinden wenigstens ins Mittelfeld.

Stadt Reith: Die vorliegende Entscheidung sei für einen neu gewählten Gemeinderat unangenehm. Zu überlegen sei, ob die Erhöhung besser am Ende einer Legislaturperiode erfolgen soll.

Oberbürgermeister Pauly: Dieser Vorschlag könne aufgenommen werden.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Blaurock): Ein externer Änderungsvorschlag sei mit dem Vorschlag der Verwaltung gleichzusetzen, da diese für den Gemeinderat tätig werde.

**Beschluss:** Der Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit entsprechend dem der Sitzungsvorlage beigefügten Satzungsentwurf (Anlage 1) wird zugestimmt.

(17 Ja, 9 Nein, 6 Enthaltungen)

#### **5) TOP 4-078/19 Erich Kästner-Schule / Außenstelle Grüningen - Vergabe Erneuerung Heizzentrale**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage 4-078/19 und in die Tischvorlage Nr. 4-078/19/1.

**Beschluss:** Die Firma G. Werr & S. Ludwig GmbH, Hüfingen, wird mit der Erneuerung der Heizzentrale zum Angebotspreis von 146.380,66 € beauftragt.

(einstimmig)

#### **6) TOP 9-041/19 Mehrzweckhalle Grüningen / Neubau - Vergabe Erschließungsarbeiten**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-041/19 ein.

**Beschluss:**

1. Die Firma Bauunternehmung Hermann GmbH, Furtwangen, wird mit den Erschließungsarbeiten zum Angebotspreis von 125.644,85 € beauftragt.

2. Der Finanzierung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **7) TOP 1-090/19 Information des Gemeinderates über neu besetzte Stellen**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-090/19 ein.

Stadträtin Riedmaier: Bekannt sei, dass es viel Fluktuation gegeben habe. Sie sei dennoch überrascht, dass es allein in der Kindertagesstätte (KiTa) Wunderfitz 16 neue Stellen gebe.

Herr Biehler: Die KiTa habe insgesamt 40 Beschäftigte und eine neue Außenstelle dazubekommen. Dafür werde Personal benötigt. Ebenso für die Vertretungsarbeit in anderen Kindergärten, die durch Personal der KiTa Wunderfitz übernommen werde. Ferner gebe es Schwangerschaften mit anschließenden Auszeiten sowie einige befristete Arbeitsverhältnisse. Da sei Bewegung da.

Herr Romer: Das könne er bestätigen, es habe bei den Erzieherinnen einer KiTa beispielsweise zeitgleich fünf Schwangerschaften gegeben.

Herr Biehler (auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Greiner): Ausdrücklich „kurzfristige“ Beschäftigungen von Saison- und Aushilfskräften in Schwimmbädern und Kunstausstellungen seien nicht aufgeführt sowie Aushilfskräfte in Kindergärten, die Krankheitsfälle überbrücken würden.

Die Stellenbesetzungen werden zur Kenntnis genommen.

## **8) TOP 7-024/19 Haushalt 2020 - Einbringung des Entwurfs**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage 7-024/19 ein.

Herr Zoller stellt in der beigefügten Präsentation die „Eckdaten des Haushalts 2020 der Stadtverwaltung Donaueschingen“ vor und gibt einen Ausblick über weitere Sitzungstermine des Gemeinderats für Beratungen bis zum 12. Dezember 2019.

Die Stadt müsse viele Aufgaben erfüllen, wie Pflichtaufgaben oder Aufgaben, die bereits beschlossen worden seien. 2020 könne der Haushalt nicht ausgeglichen werden, das sei erst 2021-2023 der Fall. Trotz vorhandenen Ersparnissen brauche es einen Kredit von 34,6 Millionen €, um die Maßnahmen der Investitionsplanung 2021-2023 zu finanzieren.

Oberbürgermeister Pauly: Mit den Haushaltsberatungen werde der Kernbereich des Haushalts als Kriterium festgelegt. Der Gemeinderat gebe so vor, was in den nächsten Jahren in der Stadt geschehen soll. Bis dato sei solide gewirtschaftet worden, der Haushalt der Stadt Donaueschingen sei schuldenfrei und es gebe 16,5 Millionen Euro Ersparnisse. Über eine

lange Periode habe es in der Vergangenheit jedes Jahr größere Steuereinnahmen als erwartet gegeben. Das sei vorbei. Nun seien eher rückläufige Zahlen zu erwarten, auch gehe die Gewerbesteuer zurück. Insgesamt entspreche das der zu erwartenden Rezension sowie den finanzpolitischen Risiken in Deutschland.

Der Ergebnishaushalt müsse ausgeglichen sein. Durch die Umstellung auf die doppische Haushaltsführung in 2015 müssten auch Abschreibungen erwirtschaftet werden. Das sei für den Bestandserhalt wichtig. Dieser Betrag könne 2020 nicht erwirtschaftet werden, daher sei der Haushalt nicht ausgeglichen.

Hinzu kämen eventuell 1,6 Millionen Euro für die Sanierung der Kreisstraße in Pfohren. Kürzungen träfen den Gebäudeunterhalt, das sei ein falsches Signal.

Acht Millionen Euro an Investitionen sei der Richtwert für die Stadt. Der Investitionsrahmen in Donaueschingen liege bei 15,7 Millionen Euro. Das wirke sich auf den Ergebnishaushalt, auf Abschreibungen und den personellen Aufwand aus. Ein doppeltes Haushaltsvolumen brauche entsprechend größeren Personalaufwand; das seien unmittelbare Kosten. Langfristig gesehen seien höhere Einnahmen erforderlich.

Nun stehe der Gemeinderat vor der Frage, wie es weitergehen soll. Die neue Realschule koste schon 30 Millionen Euro.

Zu den 15,7 Millionen Euro in 2020 für Investitionen käme ein Übertrag aus dem Vorjahr von 8,47 Millionen Euro hinzu. Geplant seien auch Investitionen in den Eigenbetrieben Wasser mit 2,45 Millionen und Abwasser mit 3,7 Millionen Euro. Hinzu komme der Konversionsprozess mit dem Neubau der Kindertagesstätte von fünf Millionen Euro und Erschließungsarbeiten von 1,1 Millionen Euro sowie Abbruchmaßnahmen in Höhe von zwei Millionen Euro. Das mache im Jahr 2020 zusammen 38,5 Millionen Euro.

Die Verwaltung sei jedoch nur für ein Investitionsvolumen von 8 Millionen angelegt. Das könne nicht mehr realistisch abgebildet werden und sei so nicht möglich. In den Beratungen solle es darum gehen, was vorrangig sei und welche Prioritäten es gebe.

Die geplanten Investitionen und das Projekt Neubau Realschule seien gut. Die Frage sei, was daneben noch leistbar sei und wohin Donaueschingen sich entwickeln wolle. Ihm sei klar, dass der Gemeinderat eine solide finanzielle Situation wünsche. Es gebe nicht viele Gemeinden in Baden-Württemberg mit einer vergleichbar guten Haushaltslage. Für nächstes Jahr sei auch zu diesem Thema eine zweitägige Klausurtagung geplant.

Stadtrat Blaurock: Es gebe im Haushaltsentwurf Positionen, die nicht vom Gemeinderat eingebracht worden seien, wie beispielsweise der Haushaltsmittelansatz von 800.000 € für die Einweihung der Kindertagesstätte in Aasen. Auch andere Investitionsvorhaben seien nicht mit dem Gemeinderat besprochen worden.

Oberbürgermeister Pauly: Das stimme, die Punkte würden noch in den folgenden Sitzungen erörtert werden.

Stadtrat Kuttruff: Die vorgestellten Eckdaten würden ihn erschrecken. Er wolle mit der Klausurtagung daher nicht bis nächstes Jahr warten. Es brauche einen bereinigten Ergebnishaushalt, das sei gesetzlich vorgeschrieben.

Oberbürgermeister Pauly: Das Anliegen werde aufgenommen.

Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes 2020 wird zur Kenntnis genommen.

## 9) TOP Verschiedenes

---

### Radweg Güterstraße

Stadträtin Bronner: Sie benutze den Radweg bei der Güterstraße Richtung Kreisverkehr Biedermann nur ungern. Beim Abbiegen fühle sie sich von hinter ihr fahrenden PKWs unangenehm gestört. Sie vermisse eine Markierung für Radfahrer, wie den breiten roten Streifen, auf dem Radweg.

Herr Monien: Der Radweg vom Bahnhof werde von den Ämtern 3 und 9 zusammen mit dem Gemeindevollzugsdienst (GVD) und der Polizei abgefahren und überprüft.

Herr Dereck: Auf dieser Strecke habe sich vor kurzem ein Fahrradunfall ereignet. Schuld daran sei das aus der Ausfahrt kommende Fahrzeug gewesen. Der Radweg solle im Rahmen einer Verkehrsschau, auch bezüglich roter Markierungen für Radfahrer, noch einmal überprüft werden. Letzte Woche sei der Termin wegen Regens abgesagt worden. Geplant sei, die komplette Fahrradstrecke beginnend vom Bahnhof über Allmendshofen, den neuen Radweg der Friedrich-Ebert-Straße und auf dem Rückweg auch die Güterstraße mit Fahrrädern zu überprüfen.

### Niederschrift

Datum: 30.12.2019

z. w. V.

z. K.

Der Vorsitzende

Schriftführer